

3. Zukunftssalon Steglitz-Zehlendorf am 22.4.2009
im Wrangelschlösschen, Schloßstr. 48, 12165 Berlin

Eine Europäische Gemeinschaft für erneuerbare Energien
Dr. Michaele Schreyer, EU-Kommissarin a.D.

Teilnehmer: gut 50 Personen u.a. Frau Anke Otto, Bezirksstadträtin für Jugend, Schule und Umwelt

Einführung: 1. Peter Schrage-Aden, Klimaschutzbeauftragter des Bezirksamtes, 3 %0 des benötigten Stroms werden im Bezirk erst über die Sonne erzeugt!
2. Anke Otto, hofft, dass der Zukunfts-Salon zu einer „Institution“ wird.
Die Konkretisierung der Maßnahmen – also die Umsetzung – sei ein äußerst schwieriges Geschäft. Es werden derzeit viele Solaranlagen auf Schulgebäuden geplant/errichtet und zwei Pellets-Anlagen seien im Bau.

Wer selbst vor einigen Jahren eine Photo-Voltaik-Anlage installiert hat, kann – so ist meine pers. Erfahrung – ein Lied von den bürokratisch (z.B. den Finanzämtern), technisch (z.B. den Stromversorgern) oder sonstig aufgebauten Hemmnissen singen. Marnett¹: „Die Stromkonzerne haben Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt“.

Frau Dr. Schreyer hat sich ganz auf das Thema **Erneuerbare Energien** konzentriert; die ebenso wichtigen Bereiche wie z.B. **Energie-Einsparung**, **Energie-Effizienz** und **Klimawandel** waren deshalb nur absolute „Randthemen“. Sie hat gemeinsam mit Herrn Lutz Metz, Professor an der FU Berlin, in einer Studie für die Heinrich-Böll-Stiftung die **Vision einer vollständigen Deckung des europäischen Strombedarfs durch erneuerbare Energien** entwickelt und schlägt die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE²) entweder

- analog bestehender EU-Verträge (z.B. EURATOM) oder
- als Projekt einer verstärkten Zusammenarbeit in der EU³

vor.

Visionen können schnell zur Realität werden⁴, wenn es zu einer **Verzahnung** und somit einem **Handeln auf allen Ebenen** kommt. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit – die gleiche Sprache sprechen – ist eine gigantische Mammutaufgabe. Theorie und Praxis sollten ebenso wie die unterschiedlichen (ökonomischen) Interessenlagen im Sinne einer möglichen Begrenzung der Erderwärmung im Zuge des Klimawandels schneller aufeinander zu gehen.

Europa ist äußerst reich an nachhaltigen Energie-Quellen⁵. Diese gilt es nicht ausschließlich national sondern für die gesamte EU zu erschließen. Das **ökonomische Potenzial**⁶ (konservative Betrachtung) würde nach einer Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt bereits den heutigen und den künftigen Strom-Verbrauch in der EU decken. In TWh/pro Jahr könnten Wind (1520), Sonne (1730), Biomasse (620), Geothermie (380) und Wasser (910) in Europa über 5.000 TWh p.a.

¹ War Chef der Norddeutschen Affinerie (gr. Kupferproduzent Europas) und Wirtschaftsminister in S.-H:

² Einzelheiten (über Frau Schreyer, ERENE etc.) bitte über Google aufrufen und www.Boell.de ansehen.

³ Die „willigen“ EU-Staaten gehen voran.

⁴ Nichts ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist. Victor Hugo

⁵ Norwegen erzeugt bereits heute 100 % seines Stroms regenerativ (insbes. Wasserkraft)

⁶ Es gibt noch das theoretische Potenzial (xx km² der Sahara) und das technische Potenzial

erbringen. Hierzu ist aber der baldige **Ausbau des europäischen Stromnetzes** erforderlich.

Die EU hat eine Richtlinie zur Förderung der Erneuerbaren Energien verabschiedet, die national umzusetzen ist. Diese Richtlinie beinhaltet den Primär-Energie-Bedarf der EU und seiner Einzelstaaten. So hat sich die EU zum Ziel gesetzt, den **Primär-Energiebedarf**, der heute zu 8,3 % im EU-Durchschnitt regenerativ erzeugt wird, bis 2020 zu 20 % regenerativ zu erzeugen. Die einzelnen EU-Staaten hätten dann - entsprechend ihren Möglichkeiten - ihre individuellen Ziele⁷ umzusetzen. Der **Strom** soll innerhalb der EU so bald als möglich ausschließlich regenerativ erzeugt werden⁸.

ERENE soll zu einer baldigen Bündelung der Erneuerbaren Energien in Europa führen, wobei die Kombination verschiedener regenerativer Energie-Erzeugungstechniken verbindlich sein sollte. Wünschenswert wäre z.B. ein europäisches EEG⁹.

Diese Ziele werden natürlich aus vielerlei Gründen konterkariert. Die Stromkonzerne möchten z.B. ihre Monopol-Stellung nicht aufgeben, was sich u.a. auch in der EU-Förderpolitik ablesen lässt. So werden dort 900 Mio. Euro p.a. für die Energie-Forschung bereitgestellt, von denen 550 Mio. p.a. für die Atomforschung (einschl. Kernfusion) bereitgestellt werden. Über EURATOM (1957) sind den Konzernen u.a. Enteignungsrechte zugestanden worden. Die EGKS (1952) wäre stark betroffen, wenn die Kohleverstromung deutlich zurückgefahren würde. Die CO²-Abscheidungs-Forschung wird noch immer mit 1 Mrd. Euro durch die EU gefördert.

Frau Schreyer setzt sich auch für die baldige Umsetzung des Lissabon-Vertrages ein. Europäische Bürgerbegehren würden dann deutlich besser gestellt als nationale Bürgerbegehren. Es seien dann 1 Mio. Unterschriften für ein Bürgerbegehren - von rund 500 Mio. Europäern - ausreichend.

Frau Christina Wegner (christina.wegner@ba-sz.berlin.de) hat sich als EU-Beauftragte des Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf vorgestellt.

Hinweise:

Die **Strom-Trassen** (Hochspannungsmasten) vernichten unnötig große Waldflächen, die dringend als CO²-Speicher benötigt würden. Seitens der EU wäre eine Erdkabelverlegung ins Auge zu fassen.

Auf den **europäischen Jakobswegen** sind alljährlich sehr viele Menschen unterwegs, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit überwiegend für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen zu begeistern sind. Alleine in Spanien pilgern ca. 200.000 Menschen p.a. zu Fuß, auf dem Fahrrad oder per Pferd und ca. 14.000.000 Menschen kommen mit den üblichen Verkehrsmitteln.

Insbesondere für das Jahr 2010 (Heiliges Jahr) - hier pilgern erfahrungsgemäß deutlich mehr Menschen den Jakobsweg - hätte die EU die Chance, über Pilot-Projekte entlang der Jakobswege die Pilger zu engagierten „Mit-Tätern“ zu machen.

mfG
Karl-Heinz Jung

⁷ D von 5,8 % auf 18 %; F von 10,3% auf 23 %; E von 8,7 % auf 20 %, P von 7,2 % auf 15 % usw.

⁸ Hier das Dilemma der Genehmigung neuer Strom-Kraftwerke, die mindesten 40 Jahre laufen....

⁹ Gilt derzeit in 24 EU-Staaten in unterschiedlichen Varianten.